



Detailansicht des Registereintrags

BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Aktuell seit 12.02.2026 14:38:00

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000560
Ersteintrag:	16.02.2022
Letzte Änderung:	12.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Unterbaumstraße 4 10117 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493032599683 E-Mail-Adressen: info@bnw-bundesverband.de Webseiten: https://www.bnw-bundesverband.de/</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

230.001 bis 240.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

5,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Katharina Reuter**
Funktion: Geschäftsführerin
2. **Anita Merzbacher**
Funktion: Vorständin
3. **Julius Palm**
Funktion: Vorstand
4. **Sebastian Sladek**
Funktion: Vorstand
5. **Alma Spribille**
Funktion: Vorständin
6. **Ruth von Heusinger**
Funktion: Vorständin
7. **Dr. Antje von Dewitz**
Funktion: Vorständin
8. **Dr. Jörg von Kruse**
Funktion: Vorstand
9. **Sophia Eltrop**
Funktion: Vorständin
10. **Aysel Osmanoglu**
Funktion: Vorständin
11. **Isabell Eberlein**
Funktion: Vorständin
12. **Matthias Hoffmann**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (17):

1. **Konstantin Litke**
2. **Lukas Fox**
3. **Felix Arnold**
4. **Joshua Kimmerle**
5. **Valerie Poschmann**
6. **Dr. Katharina Reuter**
7. **Anita Merzbacher**
8. **Julius Palm**

9. Sebastian Sladek

10. Alma Spribile

11. Ruth von Heusinger

12. Dr. Antje von Dewitz

13. Dr. Jörg von Kruse

14. Sophia Eltrop

15. Aysel Osmanoglu

16. Isabell Eberlein

17. Matthias Hoffmann

Gesamtzahl der Mitglieder:

700 Mitglieder am 17.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. ECOPRENEUR AISBL, European Sustainable Business Federation
2. Klima-Allianz Deutschland e.V.
3. Cradle to Cradle e.V

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. vertritt die Interessen einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Unternehmenspraxis gegenüber Parlament, Bundesregierung, Ministerien sowie weiteren relevanten Institutionen auf Bundesebene. Ziel ist es, politische und gesetzliche Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten, um eine nachhaltige Wirtschaftstransformationen zu fördern.

Die Interessensvertretung des Verbandes umfasst insbesondere folgende Tätigkeiten:

Politische Positionierung und Kommunikation

Entwicklung und Kommunikation von Stellungnahmen, Positionspapieren und Forderungskatalogen zu relevanten Gesetzgebungsverfahren und politischen Vorhaben, z.B. in den Bereichen Klima- und Energiepolitik, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Finanzen, soziale Unternehmensverantwortung, Lieferkettenverantwortung. Diese werden unter anderem an Abgeordnete, Ministerien und andere Stakeholder übermittelt.

Direkte Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen

Organisation und Durchführung von Gesprächen mit Mitgliedern des Bundestages, Vertreter:innen der Bundesregierung und der Ministerialverwaltung, um die Anliegen nachhaltiger Unternehmen zu erläutern und deren Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Teilnahme an Konsultationen und Anhörungen

Beteiligung an öffentlichen und nicht-öffentlichen Konsultationen, Fachgesprächen und Anhörungen zu Gesetzesinitiativen und politischen Programmen auf Bundesebene.

Veranstaltungen und Dialogformate

Organisation und Mitgestaltung von Fachveranstaltungen, parlamentarischen Abenden, Workshops und Dialogforen, die den Austausch zwischen nachhaltigen Unternehmen und politischen Akteur:innen fördern.

Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung

Durchführung von Kampagnen, Veröffentlichungen sowie Medienarbeit zur Sichtbarmachung unternehmerischer Nachhaltigkeitsinteressen in der politischen Debatte und zu Förderung von Transparenz in politischen Prozessen.

Kooperationen und Netzwerkarbeit

Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmensnetzwerken und wissenschaftlichen Einrichtungen, um gemeinsame Positionen zu entwickeln und politische Wirkung zu entfalten.

Die genannten Tätigkeiten werden durch die Geschäftsstelle des Verbandes sowie ehrenamtliche Vorstandsmitglieder ausgeführt. Der Verband handelt dabei unabhängig, transparent und parteipolitisch neutral im Sinne seiner Satzung und seiner Zielsetzung, der Erreichung der Klimaziele beizutragen.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Umsetzung einer ambitionierten nationalen Ausgestaltung der CSRD

Beschreibung:

Grundsätzlich begrüßt der BNW einen Referentenentwurf, der es schafft die CSRD zu implementieren, bei gleichzeitiger Minimierung des Berichtsumfangs. Wichtig ist, dass die CSRD so implementiert wird, dass sie die Integrität der Nachhaltigkeitsbemühungen unterstützt und nicht durch zu breite Interpretationsspielräume untergraben wird. Hierbei einer Regelungsunschärfe zwischen CSRD und LkSG auf die Konkretisierung durch die

nationale Umsetzung der CSDDD zu warten, halten wir für keinen gangbaren Weg. Zudem soll der Markt für die Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten geöffnet werden, um spezialisierte Nachhaltigkeitsprüfer:innen und Umweltgutachter:innen zuzulassen, die mit ihrem Fachwissen einen wesentlichen Beitrag zur Überprüfung und Konsistenz der unternehmerischen Nachhaltigkeit leisten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406170135 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2507280046 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

2. Einführung einer PV-Strategie

Beschreibung:

Als Verband der nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen begrüßt der BNW ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Solarenergie verbessern möchte. PV ist einer der Grundpfeiler für eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft. Nachhaltige Unternehmen sind auf zuverlässige und zukunftsfähige Energiequellen angewiesen. Gleichzeitig haben diese längst erkannt, welche Vorteile PV-Energie sowohl für das Klima als auch die wirtschaftliche Resilienz eines Betriebes mit sich bringt. Nun braucht es einen klaren Rechtsrahmen, um alle PV-Potenziale umfassend auszuschöpfen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/15714 [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

3. Stellungnahme im Zuge der öffentlichen Konsultation zur Transformation des Vergaberechts des BMWK

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag, dem Bundesklimaschutzgesetz und ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung bekannt. Beschaffungs- und Vergabestellen von Bund, Land und Kommunen bleiben jedoch bei der Umsetzung der geltenden Regelungen und Vorschriften zu nachhaltiger Beschaffung stark hinter den Erwartungen zurück. Daher begrüßt der BNW die Initiative des BMWK zur Transformation des Vergaberechts und das dazugehörige Konsultationsverfahren.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts

(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2507300018** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2509250016** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

4. Einführung einer Nationalen Strategie für Sozialunternehmen und Soziale Innovationen der Bundesregierung**Beschreibung:**

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine nationale Strategie für Sozialunternehmen zu erarbeiten, „um gemeinwohlorientierte Unternehmen und soziale Innovationen stärker zu unterstützen.“ Der BNW unterstützt die Bundesregierung bei diesem Vorhaben und hat im Rahmen einer Online-Konsultation eine Stellungnahme abgegeben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8372 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

5. EU-Taxonomie in der Land- und Ernährungswirtschaft**Beschreibung:**

Um die europäischen Klimaziele zu erreichen und besser abzuschätzen, wie sich unsere Wertschöpfungsketten auf klimatische und ökologische Aspekte auswirken, ist der konsequente Einbezug der Land- und Ernährungswirtschaft in die EU-Taxonomie unabdingbar. Der BNW begrüßt deshalb ebenfalls die Bestrebungen der EU-Kommission, im

Rahmen des Action Plan on Sustainable Finance einen – europäisch abgestimmten – effektiven Hebel für die Transformation der europäischen Landwirtschaft zu setzen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

6. Einführung der Start-up-Strategie der Bundesregierung

Beschreibung:

Selbstständigkeit und Unternehmer:innengeist sind wichtige Treiber von Innovationen. Diese tragen zu einer ökologischen und sozialen Transformation der Wirtschaft bei, wodurch zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Der BNW fordert seit langem das Gründungsklima und die Situation von Start-Ups in Deutschland zu verbessern. Daher begrüßt es der Verband außerordentlich, dass die Bundesregierung eine umfassende Start-Up-Strategie entwickeln möchte. Im Folgenden führt der BNW Handlungsfelder und Maßnahmen auf, die im Rahmen der Start-Up-Strategie zu stärken sind.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/3063 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Start-up-Strategie der Bundesregierung

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

7. Klimawirksamkeit aller Investitionen des Gesetzes zur Errichtung Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die gezielte Einflussnahme auf den Referentenentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“ (SVIKG). Dabei soll erreicht werden, dass Investitionen aus dem Sondervermögen verbindlich zur Klimaneutralität bis 2045 beitragen, Prinzipien der Kreislaufwirtschaft berücksichtigt, konkrete klimabezogene Kriterien sowie Erfolgsindikatoren verankert und ausschließlich zusätzliche, klimafördernde Maßnahmen über den Klima- und Transformationsfonds finanziert werden. Zudem sollen transparente Monitoring- und Nachsteuerungsmechanismen eingeführt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300125 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

8. Gesetz zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

Beschreibung:

Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten ist am 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Zudem ist auf europäischer Ebene am 25. Juli 2024 die Richtlinie der Europäischen Union (EU) über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit in Kraft getreten und die Frist zur Umsetzung in nationales Recht durch die sogenannte „Stop-the-clock-Richtlinie“ um ein Jahr bis zum 26. Juli 2027 in nationales Recht verlängert worden. Die CSDDD enthält sowohl menschenrechtliche als auch umweltbezogene Sorgfaltspflichten und lehnt sich in wichtigen Punkten eng an das deutsche LkSG angepasst, um administrative Lasten für Unternehmen zu begrenzen und die Anwendungs- und Vollzugsfreundlichkeit zu erhöhen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 422/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes - Entlastung der Unternehmen durch anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2509250015 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Stellungnahme zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40

Beschreibung:

Die Anwendungsfrist der EU-Verpackungsverordnung (PPWR) macht eine Anpassung des nationalen Verpackungsgesetzes notwendig. Mit dem vorliegenden Referentenentwurf zum Verpackungsrecht Durchführungsgesetz (VerpackDG) macht das Umweltministerium einen Vorschlag, wie das Verpackungsrecht und andere Rechtsbereiche an EU-Recht angeglichen werden. Im Folgenden nimmt der BNW-Stellungnahme zu ausgewählten Punkten. Mit den Anmerkungen wollen wir gezielt positive Vorschläge hervorheben und konstruktive Verbesserungsvorschläge machen.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.11.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

180.001 bis 190.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Boris Gloger Consulting GmbH

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

(öffentlich , Pflichtfeld)

Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes

2. Schöpflin Stiftung

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Zwei Projektförderungen im Rahmen einer Spende:

Stärkung der Stimme der sozial-ökologische nachhaltigen Wirtschaft, Laufzeit

Fördervereinbarung 09.2021-08.2024 (50.000).

Schaffung einer Pressesprecherrolle im Team des BNW, Laufzeit Fördervereinbarung 06.2023 - 05.2026 (46.000).

3. European Climate Foundation

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projekt Progressives Wirtschaftsbündnis:

Während sporadische Bündnisse und Kongresse kurzfristige Fortschritte bewirken können, offenbart sich ein Mangel an langfristiger und kohärenter politischer sowie öffentlichkeitswirksamer Zusammenarbeit und der Koordination gemeinsamer politischer Arbeit.

Unser Projekt zielt darauf ab, diese entscheidende Lücke zu schließen, indem es einen dauerhaften und effektiven Dialog zwischen den Akteuren der nachhaltigen Wirtschaft sowie zu den politischen Entscheidungsträger:innen fördert.

Das Projekt Progressive Economy Alliance zielt darauf ab, "to promote a socio-ecological economic transformation through political processes, increased public awareness and coordination of different economic voices".

4. Stichting Benevolentia/Porticus

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Shaping political landscapes:

Die ultimate beneficiaries des positiven gesellschaftlichen Wandels, zu dem dieses Projekt beiträgt, umfassen grundsätzlich das gesamte Leben auf der Erde. Die sozialen und ökologischen Folgen unregulierter eines unregulierten Wirtschaftens betreffen alle, wenn auch nicht gleichermaßen. Die Folgen wie Umweltzerstörung, Klimawandel, soziale Ausbeutung usw., sind für ärmere und weniger privilegierte Menschen sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene unverhältnismäßig höher. Genau hier setzt das Projekt an. Durch die Förderung nachhaltiger und fairer Wirtschaftspraktiken auf Basis von politischer Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit soll ein positiver gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel herbeigeführt werden, der besonders den marginalisierten Bevölkerungsgruppen und der Umwelt zugutekommt.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

690.001 bis 700.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss2024_BNW.pdf](#)